

27.11.2023

Gemeinsam mehr Wohnraum für Studierende schaffen!

Antrag:

Der BA 12 fordert die Landeshauptstadt München auf, zu prüfen, ob und wie in den noch nicht wohnungsscharf durchgeplanten Gebäuden und auf den noch zu vergebenden Grundstücksflächen des neuen Stadtteils Neufreimann neben behinderten- und seniorengerechten Wohnungen auch eine größere Anzahl Appartements für Studierende geschaffen werden können.

Begründung:

Die Münchner Hochschulen - von den Exzellenzuniversitäten bis hin zu den verschiedenen Hochschulen für angewandte Wissenschaften wie die der Hochschule München, und die verschiedenen kirchlichen Hochschulen sind Anziehungspunkte nicht nur für Studierende aus München und Bayern, sondern auch für Studierende aus der ganzen Welt.

Daher wird sich der Wohnungsmarkt für Studierende trotz der für die nächsten Jahre zu erwartenden sinkenden Geburtenzahlen nicht entspannen. Erst Ende September haben Studierende mit einem Zeltcamp auf die schwierige Lage am studentischen Wohnungsmarkt aufmerksam gemacht. Die LHM hat jüngst vorgeschlagen, am Semesteranfang Campingplätze für die Studierenden zu öffnen. Dies ist einer Universitätsstadt von internationalem Rang unwürdig. Uns ist bewusst, dass die Schaffung von Wohnraum für Studierende sowie deren Unterbringung in den Zuständigkeitsbereich des Freistaates Bayern fällt.

Wir regen jedoch dringend an, dass die Landeshauptstadt München zeitnah mit der Staatsregierung und dem Studierendenwerk München in Kontakt tritt, um bei einer eventuell anstehenden Neukonzeption von Förderprogrammen konstruktiv im Sinne des Universitätsstandortes an deren Ausgestaltung mitzuwirken. Wir regen zudem an, künftig bei allen neuen Planungsgebieten bei der Vergabe städtischer Grundstücke studentischen Wohnraum immer automatisch mitzudenken. Das Gegeneinander und Fingerzeigen zwischen Landeshauptstadt, Freistaat und Studierendenwerk nutzt niemandem, am wenigsten den Studierenden. Ziel sollte es vielmehr sein, dass der Bau von Studierendenwohnungen sich auch bei steigenden Baukosten sowohl für öffentliche Bauherrn (Wohnungsbaugesellschaften) als auch für private Bauträger rentiert.

CSU

Initiative: Ute Primavesi

CSU: Dorothea Wiepcke

Bündnis90/Die Grünen: Paul Bauernschmid,
Barbara Epple

SPD: Lars Mentrup

FDP: Dagmar Föst-Reich